

Protokoll: Sitzung der Arbeitsgruppe Klimaschutz

25.10.2021, 17:00-19:00 Uhr, Ostholstein-Saal

Teilnehmende

AfD	FDP
AktivRegion Schwentine-Holsteinische Schweiz	Freie Wähler
AktivRegion Wagrien-Fehmarn	IHK zu Lübeck
BUND OH	Kreisverwaltung
Bündnis 90/Die Grünen	Mobilitätsbeirat Eutin
CDU	OCF Consulting
DFF	Parents for Future
Entwicklungsgesellschaft Ostholstein (EGOH)	SPD
	ZVO

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Aktuelles -- *intern* --
3. Handlungsfelder und grober Zeitplan
4. Diskussion von zwei ausgewählten Maßnahmen
 - a. Klimaschutz in Beschlussvorlagen
 - b. Klimaschutzfonds
5. Wärme- und Solarkataster
6. Ausblick

1. Begrüßung

Die Kreisverwaltung begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt sich dafür, dass das Protokoll der letzten Sitzung erst so spät verschickt wurde.

2. Aktuelles -- *Interner Teil* --

3. Handlungsfelder und grober Zeitplan

OCF erläutert anhand der Präsentation (Folien anbei) das Konzept des Treibhausgas-Emissionen-Budgets, die Rollen des Kreises und die Art der Zusammenarbeit von OCF mit der AG.

OCF stellt klar, dass deren Auftrag beinhaltet, die AG an ausgewählten Aspekten im Rahmen der Konzepterstellung zur Beratung und Unterstützung einzubeziehen. Dabei werden diejenigen Maßnahmen diskutiert, bei denen verschiedene Möglichkeiten zur Ausgestaltung vorliegen und daher lokales Wissen sowie eine politische Entscheidung relevant seien. Andere Maßnahmen seien bereits erprobt und könnten direkt auf den Kreis übertragen werden, sodass keine Diskussion in der AG stattfindet. Auch Maßnahmen, die durch direkte Abstimmungen mit den beteiligten Akteuren konzipiert werden, werden in der AG nicht diskutiert. Die Bewertung der Anregungen, z.B. ob eine Maßnahme im Kreis Ostholstein zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll sei oder nicht, bleibe jedoch den Gutachtern vorbehalten. Die endgültige Abstimmung über das gesamte Maßnahmenpaket obliegt der Selbstverwaltung.

OCF stellt weiterhin dar, welche Potentiale besonders relevant sind und erläutert, dass der Zeitplan eine schematische Orientierung bietet. Für einzelne Fragestellungen wird die zeitliche Zuordnung jedoch aufgebrochen. OCF führt aus, dass die Maßnahmen von OCF und dem Klimaschutzmanagement (KSM) anhand der Faktoren politischer Wille, Emissionseinsparungen, Organisationsaufwand, Multiplikatoreneffekt und Kosten bewertet wurden.

Der Vertreter des Mobilitätsbeirats Eutin fragt, ob die Politik vorhabe, umzusteuern und so die Ziele einzuhalten oder bei der aktuellen Geschwindigkeit bleiben wolle (Szenario „weiter so“). Bei letztgenanntem Szenario wäre die weitere Mitarbeit seinerseits innerhalb der AG fraglich. OCF erläutert, dass er bei der Bewertung zunächst das Szenario „weiter so“ angenommen habe.

Die Vertreterin der Grünen bittet darum, einen Überblick über die aktuelle gesetzliche Lage im Bund und im Land zu geben, sodass die AG weiß, welche Anforderungen an die Kreise/Kommunen gestellt werden und welche Sektorenziele zu erreichen sind. OCF sagt zu, dieser Bitte in der nächsten AG Sitzung nachzukommen.

4. Diskussion von zwei ausgewählten Maßnahmen

a. Klimaschutz in Beschlussvorlagen

OCF führt in das Thema anhand der Präsentation ein und bittet die AG um eine Einschätzung zur konkreten Ausgestaltung der Maßnahme. Dabei müsse abgewogen werden, welche Form welchen Nutzen habe und wie viel Arbeitsaufwand dahintersteht.

Der Vertreter der EGOH merkt an, dass je nach Annahme verschiedene Ergebnisse bei der Bewertung herauskommen können, z.B. wenn im Gewerbegebiet PV-Anlagen auf den Dächern errichtet werden und dadurch sowohl Emissionen entstehen wie auch regenerativ Energie erzeugt wird.

Die Vertreter der FDP und DFF sprechen sich für eine „robuste“ Orientierung aus, damit Projekte zur Durchführung gebracht werden können und die Selbstverwaltung einfach erkennen kann, welche Auswirkungen ein Beschluss hat. Bei einer negativen Bewertung sollte eine tiefere Betrachtung erfolgen.

Die Vertreterin des BUND spricht sich dafür aus, dass mehr Personal eingestellt werden müsse, wenn die Bewertung insgesamt mit zu viel Aufwand im jetzigen Arbeitsalltag verbunden sei. Auf Ihre Rückfrage, welche Verfahren andere Kommunen nutzen, erläutert OCF, dass dies sehr unterschiedlich sei. Wenn eine Verwaltung sich in allen Bereichen bewusst und verantwortungsvoll mit den Auswirkungen von Beschlüssen auf das Klima auseinandersetzt, lohne sich der zusätzliche Aufwand. Wenn die Frage jedoch nur formal „abgehakt“ würde, verliere sie ihre Wirkung.

Der ZVO-Vertreter berichtet, dass der ZVO eine detaillierte Beurteilung anhand von Treibhausgasemissionen für die eigenen Beschlüsse zukünftig einführt. Die zweite Variante (dargestellt auf Folie 14) sieht er als gut und umsetzbar an. Die Kreisverwaltung fragt nach, ob die Mitarbeitenden genügend Expertise zur detaillierten Bewertung hätten. Dies wird von durch den ZVO-Vertreter bestätigt. Er führt weiterhin aus, dass der ZVO eine Übersicht plant, in der leicht erkennbar ist, welche übergeordneten Positionen grundsätzlich positive/neutrale/negative Wirkungen haben.

Die Vertreterin der Grünen regt an, dass Beschlussvorlagen anlassbezogen unterschiedlich bewertet werden und spricht sich grundsätzlich für detaillierte Aussagen und Checklisten aus.

Der Vertreter des Mobilitätsbeirats Eutin formuliert folgenden Interessenskonflikt: Wie wird die Entscheidung getroffen, wenn eine Maßnahme zwar mehr kostet jedoch geringere Treibhausgasemissionen hervorruft? Er regt an, zur Bewertung eine Methodik des Umweltbundesamtes heranzuziehen („Methodenkonvention 3.1 zur Ermittlung von Umweltkosten“).

Die Vertreter der Freien Wähler und SPD sprechen sich dafür aus, dass der Klimaschutz ein wichtiges Ziel bleiben müsse und die Kosten an zweiter Stelle stehen. Eine robuste Orientierung sei sinnvoll.

Der Vertreter der CDU hinterfragt, ob bei Beschlussvorlagen immer eine Überprüfung hinsichtlich des Klimaschutzes notwendig sei. OCF erläutert, dass die Überprüfung bei jeglichen Beschlüssen sinnvoll sei, da diese auch unerwartet klimarelevant sein können. Der EGOH-Vertreter spricht sich

dafür aus, dass es sinnvoll sei, investive Maßnahmen zu betrachten, während bei anderen Maßnahmen keine Relevanz bestünde.

Der Vertreter der AktivRegion Schwentine-Holsteinische Schweiz fragt, ob die Bewertung verzerrt werden könnte, für den Fall, dass derjenige, der die Vorlage schreibt, auch die Bewertung vornimmt. Hier könnte ein Interessenskonflikt entstehen. OCF führt aus, dass es im Sinne der Bewusstseinsbildung besser sei, wenn die Personen selbst bewerten.

OCF betont abschließend, dass in der direkten Arbeit überprüft werden müsse, ob die Bewertung zu einem Mehrwert führt und die Entscheidungen der Politik beeinflusst.

b. Klimaschutzfonds

OCF stellt anhand der Präsentation die Idee vor, einen Klimaschutzfonds für den Kreis Ostholstein aufzulegen. Detaillierte Nachfragen dürfen gerne auch im Nachgang gestellt werden. Es gibt bislang keine richtig guten Beispiele dafür, dass ein Kreis selbst Spenden einnimmt und für Klimaschutz-Zwecke ausgibt.

Die Vertreterin der Grünen bringt das Beispiel eines Klimaschutz-Waldes in Mecklenburg ein, bei dem Anteile am Wald gekauft werden können. Das Pflanzen eines Waldes sei mit geringem Aufwand und einer hohen Werbewirksamkeit verbunden. OCF erläutert hierzu, dass auf einer gleichgroßen Fläche PV-Anlagen um ein 30-faches effektiver in Bezug auf Emissionseinsparungen seien als die Anpflanzung von Wald.

Auf Nachfrage von dem EGOH-Vertreter erläutert OCF, dass es sich um freiwillige Leistungen und keine gesetzlichen Ansprüche handelt. Der ZVO-Vertreter fragt nach, ob der Spender ein Zertifikat erhält. Dies sei der Fall.

Der ZVO-Vertreter fragt, ob auch Altbausanierungen aus dem Fonds finanziert werden könnten. OCF bejaht dies, solange der Kreis das Geld vergibt und diese Entscheidung getroffen hat.

Der EGOH-Vertreter fragt, wie gut solche Fonds in anderen Regionen angenommen werden und ob interessante Summen in den Fonds fließen. OCF weist daraufhin, dass es diese Fonds bislang zu selten gibt, um eine verlässliche Aussage zu treffen, im Landkreis München jedoch beispielsweise eher Projekte als das Geld fehlten.

OCF stellt die Frage, ob bei der Vergabe der Mittel aus einem Klimaschutzfonds im Vordergrund stehen sollte, dass der Kreis die volle Kontrolle über den Fonds behält oder dass die Fondsverwaltung mit möglichst wenig Aufwand für den Kreis verbunden ist? Des Weiteren bittet er um eine Einschätzung von Seiten der AG-Teilnehmenden, ob auch Mittel des Kreises vorgesehen werden sollten und ob Beiträge von Städten und Gemeinden in den Fonds eingebunden werden sollten.

Der Vertreter des Mobilitätsbeirats Eutin fragt nach, welche Hebelwirkung durch diese Maßnahme erzielt werden kann und inwiefern sie zur Zielerreichung beiträgt. OCF erläutert, dass dies derzeit nicht quantifizierbar sei, er aber einschätzt, dass ein großes Potential gegeben ist.

Der ZVO-Vertreter erläutert, dass sich der ZVO intensiv mit der Zielvorstellung bei der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes auseinandersetzt und mit der Frage, wie Restemissionen ausgeglichen werden können. Er sieht für den ZVO ebenso wie für andere Unternehmen einen hohen Handlungsdruck bezüglich Kompensation in der Zukunft. Daher wäre eine Einzahlung in den Fonds für den ZVO äußerst interessant. Er sieht nicht, dass Städte und Kommunen zur Zwangsabgabe verpflichtet werden sollten.

Die Kreisverwaltung fragt, ob die Gründung einer Stiftung – analog zu Stiftungen im Naturschutz – oder die Eingliederung in eine bestehende Stiftung eine Option wäre. OCF sagt zu, diese Frage im Anschluss zu klären.

Es wird darauf verwiesen, dass lokale Kompensationen deutlich attraktiver sind als Kompensationsmaßnahmen im Ausland. Kosten für die Kompensation fallen regional auch unterschiedlich an. Der Vertreter des Mobilitätsbeirats Eutin weist daraufhin, dass die Kosten der Kompensation immer die Kosten der Emission übersteigen müssen. Von mehreren Personen wird betont, dass eine Kompensation immer nachrangig gegenüber der Vermeidung von Emissionen stehen müsse.

Der FDP-Vertreter spricht sich für einen möglichst geringen Aufwand für den Kreis aus, zumal eine volle Kontrolle ohnehin nicht garantiert wäre. Außerdem sollte der Kreishaushalt Mittel bereitstellen und Städte und Kommunen sollten eingebunden werden.

5. Wärme- und Solarkataster

OCF erläutert kurz, dass OCF ein Wärme- sowie ein Solarkataster erstellen wird.

6. Ausblick

Das nächste Treffen der AG Klimaschutz findet am 19.01.2022 von 17:00-19:00 Uhr im Ostholstein-Saal statt. Hier sollen insbesondere die Klimaschutzziele und die Klimaschutzzszenarien diskutiert werden. Weitere Treffen sind gemeinsam mit OCF geplant und werden voraussichtlich die Diskussion des Maßnahmenkatalogs und kontroverser Punkte im Klimaschutzkonzept beinhalten.

OCF und die Kreisverwaltung bedanken sich für die produktive Sitzung.

Gez. Leslie Matthiesen 23.11.2021